

## Antworten der BayernSPD auf die WPS der Aktionsgruppe Schluss mit Kliniksterben

Deutsche Krankenhäuser stehen finanziell und personell vor großen Herausforderungen. Hält Ihre Partei eine große Krankenhausreform für ... dringend erforderlich erforderlich nicht erforderlich

Eine Krankenhausreform ist dringend erforderlich. Um auch in Zukunft eine flächendeckende und gute medizinische Versorgung für alle in Menschen in Bayern zu gewährleisten, werden wir als SPD massiv in die medizinische Infrastruktur investieren und attraktive Lebens- und Arbeitsbedingungen für das medizinische Personal schaffen. Bayerische Krankenhäuser bzw. einzelne Abteilungen drohen mittlerweile nicht nur aufgrund finanzieller Probleme geschlossen zu werden, sondern auch, weil Personal fehlt.

Lauterbachs große Krankenhausreform plant die Untergliederung der Krankenhäuser in Level 3, 2, 1n (mit) und 1i (ohne Notfallversorgung). Würde Ihre Partei dieses Modell für Bayern unterstützen? Ja Nein, wir werden über unseren Landesverband im Bundesrat dagegen intervenieren.

Durch die Einigung zwischen Bund und Ländern wird die Unterteilung der Krankenhäuser nach Leistungsgruppen erfolgen. Dabei soll das nordrhein-westfälische Modell als Vorbild dienen. Die Bundesländer haben aber trotzdem die Möglichkeit, in Zukunft die Versorgung in der Fläche sicherzustellen. Das ist aus unserer Sicht ein guter Kompromiss. Zusammen mit der Vorhaltefinanzierung kann damit die Krankenhausversorgung in der Fläche gesichert werden.

Bundesgesundheitsminister Lauterbach plant die Aufgliederung der operativen Krankenhausfinanzierung in Vorsorgepauschalen Der Budgetdeckel bleibt. Würde Ihre Partei dieses Modell für Bayern unterstützen? Ja Nein, wir werden über unseren Landesverband im Bundesrat dagegen intervenieren.

Ja. Durch die Vorhaltepauschalen wird finanzieller Druck genommen. Die Krankenhäuser erhalten finanzielle Spielräume. Sie müssen, um zu überleben, nicht mehr möglichst viele Leistungen anbieten und Behandlungen durchführen. So wird das Wohl der Patientinnen und Patienten wieder in den Fokus gerückt. Insbesondere wichtige medizinische Bereiche wie die Geburtshilfe, die Kindermedizin und die Notfallmedizin sollen zu einem großen Teil über Vorhaltepauschalen finanziert werden.

Das Bündnis Klinikrettung hat das Modell „Selbstkostendeckung der Krankenhäuser“ entwickelt. 145.000 klinische Mitarbeiter kodieren und dokumentieren keine Fallpauschalen sondern behandeln Patienten. Würde Ihre Partei dieses Modell für Bayern unterstützen? Ja Nein

Nein. Ein reines Selbstkostendeckungsprinzip, wie es bis 1992 in Deutschland galt, halten wir als Bayern-SPD nicht für zweckmäßig. Die Ergänzung der Fallpauschalen um Vorhaltepauschalen gewährt den Krankenhäusern ausreichend finanziellen Spielraum und stellt wieder die Patientinnen und Patienten und nicht den Profit in den Mittelpunkt. So werden die Fehlanreize der Fallpauschalen zu unnötigen Behandlungen reduziert, während gleichzeitig ausreichend Anreize für die Krankenhäuser bestehen, wirtschaftlich zu arbeiten.

Jeder Bürger in Bayern sollte ein Allgemeinkrankenhaus mit Innerer Medizin, Chirurgie, Geburtshilfe, Intensiv- und Notfallmedizin binnen 30 Fahrzeitminuten erreichen können. Würde Ihre Partei dies in einer Regierung garantieren? Ja Nein Wir fordern andere Mindeststandards.

Ja. Wir als Bayern-SPD wollen eine wohnortnahe medizinische Grundversorgung sicherstellen. Die Krankenhäuser sind neben den niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten Teil dieser Grundversorgung. Die Krankenhäuser der Grundversorgung sollten in Bayern entsprechend verteilt sein. Zudem müssen auch die Rettungsdienste gefördert werden. Denn diese leisten die Erstversorgung und steuern dann

gezielt das Krankenhaus an, das für die Aufnahme eines Notfallpatienten mit einer bestimmten Indikation am besten geeignet ist. Es ist also wichtiger, möglichst schnell das ‚richtige‘ Krankenhaus mit der erforderlichen Ausstattung und den erforderlichen Spezialisten zu erreichen, als das nächstgelegene Krankenhaus, das – auch heute schon – bestimmte Fachabteilungen nicht vorhält.

Bayern stellt jährlich 643 Mio. Euro an Investitionsfördermitteln zur Verfügung. DKG und bayerische SPD ermitteln in Bayern einen jährlichen bedarf von 1 Mrd. €. Würde Ihre Partei dies in einer Regierung garantieren? Ja Nein

Ja. Wir als Bayern-SPD fordern seit Jahren, dass die bayerische Staatsregierung ihrer Verantwortung gerecht wird und die Krankenhausinvestitionskostenförderung deutlich erhöht. Durch die unzureichende Finanzierung gibt es einen erheblichen Investitionsstau. Manche Kliniken können kaum investieren oder müssen Investitionen über ihre Einnahmen durch Fallpauschelane finanzieren. Wir wollen die Erhöhung der Investitionsmittel zum Beispiel zur energetischen Modernisierung von Häusern und dem Bau von Werkwohnungen für Pflegekräfte.

Krankenhäuser sind Bestandteil der Daseinsvorsorge. Welche Trägerschaft würde Ihre Partei in Bayern besonders fördern: Kommunale bzw. öffentlich rechtliche Träger Frei gemeinnützige Träger Private Träger Alle gleichwertig

Wir als Bayern-SPD wollen Städte und Gemeinden dabei unterstützen, die medizinische Versorgung sicherzustellen. Auch freigemeinnützige Versorgungsinitiativen wollen wir besonders fördern. Rein kommerzielle Investorenmodelle lehnen wir ab. Gesundheit ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht. Wir setzen uns für eine Gesundheitsversorgung ein, die sich nicht am Profit, sondern am Menschen und am medizinischen Bedarf orientiert.

Lauterbachs Krankenhausreform sieht die Ambulantisierung über Level 1i vor. Dies könnte ca. 41% der bayerischen Krankenhäuser treffen. Sieht Ihre Partei damit die klinische Versorgung in Bayern gewährleistet? Ja, Nein, wir werden versuchen, die aktuelle klinische Versorgung zu sichern.

Die Level spielen nach dem Kompromiss zwischen Bund und Ländern keine Rolle mehr. Entscheidend werden die Leistungsgruppen nach dem nordrhein-westfälischen Modell. Grundsätzlich gilt: Die Ambulantisierung ist bereits jetzt in vollem Gange. Doch noch immer finden in Deutschland im internationalen Vergleich viele Behandlungen stationär statt. Aufgrund des Personalmangels im Bereich der Pflege ist es notwendig, Pflegekräfte effizient einzusetzen. Stationäre Behandlungen benötigen jedoch viel Personal. Daher ist es sinnvoll, alle Behandlungen, die nicht zwingend stationär durchgeführt werden müssen, ambulant durchzuführen.